



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **2 1 - V - 5 0 - 0 0 0 6**
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff: Dezernat(e) VI

#WOHIN - Zusätzliche Mittel für Straßensozialarbeit in Abend- und Nachtstunden

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung Ausschuss Eingangsstempel Amt 16	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
		öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
		<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

Manjura
Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
- Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
- siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind keine finanziellen Auswirkungen verbunden.

finanzielle Auswirkungen verbunden.

(in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: 22.822.626,03
in %: 6,7

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um

Mehrkosten

budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	x	2022		52.554,27	52.554,27		wird noch festgelegt	wird noch festgelegt	Zuschuss für Projekt „nächtliche Straßensozialarbeit“
Summe einmalige Kosten:				52.554,27	52.554,27				

	x	2023 ff		105.108,53	105.108,53		wird noch festgelegt	wird noch festgelegt	Zuschuss für Projekt „nächtliche Straßensozialarbeit“
Summe Folgekosten:				105.108,53	105.108,53				

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)
Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein Pflichtfeld.

Ausbau der Straßensozialarbeit, auch in Abend- und Nachtstunden sowie stadtweite Vernetzung aller Akteure, deren Zuständigkeit sich auf wohnungslose, obdachlose und sonstige im öffentlichen Raum auffällige Menschen erstreckt. Gemeinsame Entwicklung von Maßnahmen, die zu sozialverträglichem Miteinander in Wiesbaden beitragen, insbesondere durch Ausweitung von Straßensozialarbeit.

Anlagen:

Anlage 1: Konzept und Kalkulation des Caritasverbandes

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass:

- 1.1 unter Federführung von Amt 50 (Sozialleistungs- und Jobcenter) die Straßensozialarbeit insbesondere im Innenstadtbereich ausgeweitet wird, um wohnungslose, obdachlose und sonstige im öffentlichen Raum auffällige Menschen zu erreichen und einen Beitrag zu sozialverträglichem Miteinander zu leisten.
- 1.2 bisher keine geeigneten Maßnahmen entwickelt werden konnten, um der seit Jahren bestehenden Beschwerdelage gerecht zu werden.

2. Es wird beschlossen, dass:

- 2.1 für das Projekt "nächtliche Straßensozialarbeit" des Caritasverbandes jährliche Kosten in Höhe von 105.108 € (s. Anlage 1)/ unterjährig in 2022: 55.554 € entstehen.
- 2.2 die entstehenden Kosten als zusätzlich weiterer Bedarf für den Haushalt 2022/2023 anzumelden und im Rahmen der Haushaltsberatungen dem Budget des Dezernates VI zuzusetzen sind.
- 2.3 Dezernat VI/50 legitimiert wird, vorab der Genehmigung des Haushaltes die Vertragsverhandlungen durchzuführen und den Vertragsabschluss vorzubereiten, um direkt mit der Haushaltsfreigabe das Projekt starten zu können.
- 2.4 die KW-Vermerke der aktuell bei 5005 besetzten Planstellen 19685-19688 dauerhaft entfallen, um budgetneutral Straßensozialarbeit im Amt 50 zu implementieren.
- 2.5 über den Verlauf sechs Monate nach Einführung der erweiterten Straßensozialarbeit berichtet wird.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Seit Jahren gibt es, insbesondere aus dem Bereich der drei Innenstadtortsbeiräte (Westend, Mitte und Rheingauviertel/Hollerborn), Beschwerden hinsichtlich Personen, die im öffentlichen Raum Störungen verursachen, z. B. durch campieren, offenen Alkohol- und Drogenkonsum, Belästigungen von Passanten, aggressives Betteln, Lautstärke und Müllansammlung. Bisher wurden unterschiedliche Organisationseinheiten und Institutionen dazu einzeln kontaktiert, was nicht dazu führte, dass nachhaltige, zielführende Maßnahmen ergriffen werden konnten. Innerhalb der Stadtverwaltung sind besonders betroffen das Ordnungsdezernat und das Sozialdezernat, daneben aber auch die für Gestaltung, Stadtplanung, Toiletten u.a. zuständigen Bereiche, was bedeutet, dass nahezu alle Dezernate mit der Thematik beschäftigt sind. Rückmeldungen zu Beschwerden erfolgten bisher überwiegend nur für den eigenen Zuständigkeitsbereich- ohne dabei die Gesamtproblematik mit einzubeziehen.

Im Frühjahr 2021 nahm das Sozialleistungs- und Jobcenter diese Situation zum Anlass, das Projekt #WOHIN zu gründen. Ziele dabei sind, Probleme und Störungen, die auffällige Personen im öffentlichen Raum verursachen, ganzheitlich zu bearbeiten und sich dabei nicht auf einzelne Sozialräume/Plätze zu beschränken. Voraussetzung dafür ist die Vernetzung aller Akteure (Sozialleistungs- und Jobcenter, hier insbesondere die Abteilung 5005 mit Unterbringungsmanagement und Wohnungsnotfallhilfe, Diakonisches Werk, Caritas, Suchthilfezentrum, Landespolizei, Stadtpolizei und andere) und Kenntnisse über die in Wiesbaden bereits vorhandenen Angebote.

Es besteht Einigkeit dahingehend, dass nur eine gemeinsame, abgestimmte Vorgehensweise aller Akteure nachhaltig und erfolgversprechend sein kann; dazu gehört auch der regelmäßige Austausch über die Erfahrungen und Informationen zu Strategien im Einzelfall. Auch mit den drei Innenstadtortbeiräten wurden bereits konkrete Ideen und Toleranzgrenzen besprochen.

Das Projekt #WOHIN ist - unabhängig von dem zunächst befristeten Vorhaben des Caritasverbandes - auf Dauer angelegt. Über die wissenschaftliche Evaluation von Caritas hinaus findet eine ständige Begleitung durch die Abteilung Sozialplanung (VI/51.1) statt. Die Dokumentation des Verlaufs und die regelmäßige Berichterstattung sind fester Bestandteil des Gesamtprojektes. Darüber hinaus ist eine Einbindung der Hochschule Rhein-Main geplant. Um nachhaltig erfolgreich zu sein, ist es erforderlich mehr Informationen über die Menschen, deren Situation und Interessen zu erheben.

Um die in Wiesbaden bestehende Situation zu verbessern, sind insbesondere folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Identifizierung der verschiedenen Personengruppen, die sich regelmäßig im öffentlichen Raum auffällig verhalten.
- Erhebung von Bedarfslagen, sowohl im Hinblick auf die Betroffenen im Einzelfall als auch für Bürger*innen und Anwohner*innen.
- Strategien und Perspektiven im Einzelfall entwickeln durch Ausweitung von Straßensozialarbeit, auch in den Abend- und Nachtstunden.
- Vermeidung von größeren Ansammlungen an einzelnen Plätzen. Hierbei ist sowohl eine Unterstützung der Ordnungsbehörden erforderlich als auch ein abgestimmter Plan. Eine ungeordnete Verdrängung soll ausgeschlossen werden.
- Stadtgestalterische Maßnahmen zielführend umsetzen, z. B. Aufstellung von Bänken (ggf. klappbar) und Toiletten an abgestimmten, geeigneten Orten.
- Eng vernetzte Zusammenarbeit der zuvor genannten Akteure, auch mit Politik und Ehrenamtlichen.
- Einrichtung einer Koordinierungsstelle im Amt 50 (Abteilung 5005) zur Steuerung von Anfragen, Beschwerden u. a.

Ohne den Einsatz von Straßensozialarbeit in größerem Umfang als bisher wird eine Veränderung der aktuellen Situation nicht möglich sein. Dementsprechend soll das bisherige Angebot ergänzt werden durch das Konzept des Caritasverbandes, welches sich auf die Abend- und Nachtstunden konzentriert und darüber hinaus durch den budgetneutralen Einsatz von Straßensozialarbeiter*innen im Sozialleistungs- und Jobcenter.

Sowohl im Kommunalen Jobcenter/ Kommunale Arbeitsvermittlung (5003) als auch in der Abteilung Unterbringungsmanagement und Soziale Hilfen für Wohnungslose und Geflüchtete (5005) sollen künftig Mitarbeitende tagsüber aufsuchende Sozialarbeit mit unterschiedlichen Schwerpunkten (Unterbringung/Arbeit) leisten. Um dieses Vorhaben dauerhaft zu gewährleisten, sind in der Abteilung 5005 lediglich vier mit einem KW-Vermerk versehene Stellen zu entfristen. Geeignetes Personal ist bereits vorhanden, die vorgesehenen Stellen sind aktuell besetzt.

Diese Möglichkeit wurde durch interne Umorganisation geschaffen und eröffnet aus gesamtstädtischer Sicht Chancen zur Verbesserung der Situation im öffentlichen Raum.

Durch das weiter entwickelte Unterbringungsmanagement im Amt 50 können Menschen ohne eigene Unterkunft bzw. festen Wohnsitz zwischenzeitlich individuelle Angebote unterbreitet werden. Das Fallmanagement Wohnen, welches Anfang 2022 eingeführt wird, unterstützt dieses Vorhaben.

Flankierend stehen die zahlreichen Angebote der Träger wie Diakonisches Werk, Caritas und Suchthilfezentrum zur Verfügung, die durch die nun stattgefundene Vernetzung noch effektiver genutzt werden können.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden,  . August 2021

50
Patzelt (3493/ap)

51.4 dezentrale
Steuerungsunterstützung
(4261/bu)


Manjura
Stadtrat